Anlage

Stellungnahmen von Bürgern zur 2.Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Wolmirstedt "Stadionneubau - Samsweger Straße"

Nr.	Bürger	Datum Schreiben	Inhalt der Stellungnahmen	Stellungnahme der Stadt	Beschlussvorschlag
1.1.	Bürgerin	30.11.2022	– Am 26.11.2022 erhielt die Bürgerin von der Stadt Wolmirstedt ein Schreiben bezüglich des Interesses am Erwerb von Teilflächen für ihr Grundstück in Wolmirstedt Flur 36 Flurstück 84. Da die Bürgerin bereits mit Schreiben vom 28.02.2020 einen Verkauf strikt abgelehnt hat, ist sie erstaunt über dieses erneute Schreiben. Vorsorglich möchte die Bürgerin darauf hinweisen, dass sie einem Verkauf des Grundstückes und einem Verkauf von Teilflächen des Grundstückes ablehnt. Diese Stellungnahme im Zuge der öffentlichen Auslegung der 2.Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Wolmirstedt "Stadionneubau-Samsweger Straße" bittet die Bürgerin zu erfassen und zu berücksichtigen.	– Der Flächennutzungsplan ist nicht parzellenscharf. Eine Inanspruchnahme von Teilflächen des Flurstücks 84 der Flur 36, dass sich am Westrand der dargestellten Fläche für das Stadion befindet, ist aus den Darstellungen des Flächennutzungsplanes weder abzuleiten noch auszuschließen. Die Errichtung des Stadions ist für die Stadt Wolmirstedt von erheblichem öffentlichen Interesse. Die Stadt Wolmirstedt strebt grundsätzlich eine einvernehmliche Lösung mit den Eigentümern an, ihr stehen aber auch die Möglichkeiten einer zwangsweisen Eigentumsverschaffung nach dem fünften Teil des Baugesetzbuches offen, soweit die Fläche dem Gemeinbedarf dienen soll.	Den Anregungen wird nicht gefolgt.

Stellungnahmen von Nachbargemeinden zur 2.Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Wolmirstedt "Stadionneubau - Samsweger Straße"

Nr.	Nachbargemeinde	Datum Schreiben	Inhalt der Stellungnahmen	Stellungnahme der Stadt	Beschlussvorschlag
2.1.	Gemeinde Barleben	11.10.2022	– Für die Gemeinde Barleben ist keine unmittelbare Betroffenheit zu verzeichnen. Gemeindliche Planungsbelange, die im Zusammenhang mit der Bauleitplanung eine Bedeutsamkeit für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung erreichen könnten, sind aktuell nicht erkennbar.	– Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis.	kein Beschluss erforderlich
2.2.	Gemeinde Niedere Börde	02.11.2022	– Wahrzunehmende Belange der Gemeinde Niedere Börde sind nicht ersichtlich. Aus diesem Grunde bestehen gegen die Bauleitplanung keine Bedenken.	– Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis.	kein Beschluss erforderlich
2.3.	Landeshauptstadt Magdeburg	02.11.2022	– Der Stadtrat der Stadt Wolmirstedt hat in seiner Sitzung vom 06.10.2022 den Entwurf der 2.Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Wolmirstedt "Stadionneubau — Samsweger Straße" zur öffentlichen Auslegung beschlossen. Zum Änderungsverfahren fand im Juni 2022 eine frühzeitige Beteiligung statt. Die Darstellungen des Entwurfs entsprechen denjenigen des Vorentwurfs, die Begründung wurde lediglich aufgrund eingegangener Stellungnahmen ergänzt. Daher erhält die Landeshauptstadt Magdeburg ihre Stellungnahme aufrecht. Nach Prüfung einer möglichen Sanierung des bestehenden Stadions "Glück auf am Küchenhorn wurde ein Stadionneubau an einem städtebaulich geeigneten Alternativstandort westlich des bebauten Stadtgebietes der Stadt Wolmirstedt beschlossen. Die Fläche liegt westlich der bebauten Stadt und östlich der Bundesstraße 189. Als Ausgleichsmaßnahme soll das bestehende Stadion "Glück auf" zurückgebaut werden, die Fläche soll als Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gewidmet werden. Die Teilfläche für die Rücknahme des Altstandortes (Stadion "Glück auf") liegt südöstlich des Stadtgebietes. Der Geltungsbereich der beiden Änderungsbereiche, d.h. Teilfläche 1 - Stadionneubau und Teilfläche 2 - Rückbau Stadion "Glück auf" umfasst insgesamt Flächen mit einer Größe von ca. 10,7ha. Mit der Aufstellung der 2.Änderung des Flächennutzungsplans beabsichtigt die Stadt Wolmirstedt die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung des Stadions als Ersatz für den Entfall des bestehenden Stadions "Glück auf" und für den Rückbau dieses bestehenden Stadions. Ziel ist die Errichtung einer bedarfsgerechten sportlichen Anlage als Hauptstandort für das gesamte Stadtgebiet. Die	– Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis.	kein Beschluss erforderlich

			<p>Teilfläche 1 - Stadionneubau wird derzeit landwirtschaftlich genutzt, sie ist allseits von landwirtschaftlich genutzten Flächen umgeben bzw. im Osten grenzt eine Streuobstwiese an. Das Plangebiet ist derzeit dem Außenbereich gemäß § 35 BauGB zuzuordnen. Als Voraussetzung für den Neubau wird der Bebauungsplan Nr.38/20 "Stadionneubau - Samsweger Straße" aufgestellt. Die Teilfläche 2 wird derzeit als Sportanlage genutzt, hier liegt das Stadion "Glück auf". Im wirksamen Flächennutzungsplan der Stadt Wolmirstedt werden die Flächen entsprechend ihrer aktuellen Nutzungen dargestellt: Die Teilfläche 1 - Stadionneubau wird als Fläche für die Landwirtschaft, die Teilfläche 2 - Rückbau Stadion "Glück auf" wird als Fläche für Sport dargestellt. Um dem Entwicklungsgebot gemäß § 8 Abs.2 BauGB zu genügen, wird der Flächennutzungsplan parallel zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr.38/20 gemäß § 8 Abs.3 BauGB geändert. Die Teilfläche 1 wird mit der vorliegenden Änderung entsprechend der beabsichtigten Nutzung als Fläche für Sportanlagen dargestellt, die Teilfläche 2 wird künftig als Grünland sowie als Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft dargestellt. Aus Sicht der Landeshauptstadt Magdeburg bestehen keine Bedenken gegen die Planung.</p>		
2.4.	Verbandsgemeinde Elbe-Heide	21.10.2022	– Die Verbandsgemeinde Elbe-Heide und ihre Mitgliedsgemeinden haben keine Einwände zur Änderung des Flächennutzungsplanes.	– Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis.	kein Beschluss erforderlich

Stellungnahmen von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange zur 2.Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Wolmirstedt "Stadionneubau - Samsweger Straße"

Nr.	Behörde / Träger öffentlicher Belange	Datum Schreiben	Inhalt der Stellungnahmen	Stellungnahme der Stadt	Beschlussvorschlag
3.1.	50Hertz Transmission GmbH	02.06.2022	– Die 50Hertz Transmission GmbH teilt mit, dass sich im Plangebiet derzeit keine von der 50Hertz Transmission GmbH betriebenen Anlagen (z.B. Hochspannungsfreileitungen und -kabel, Umspannwerke, Nachrichtenverbindungen sowie Ver- und Versorgungsleitungen) befinden oder in nächster Zeit geplant sind. Zum Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung äußert sich die 50Hertz Transmission GmbH als Leitungsbetreiber nicht. Diese Stellungnahme gilt nur für den angefragten räumlichen Bereich und nur für die Anlagen der 50Hertz Transmission GmbH.	– Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis.	kein Beschluss erforderlich
3.2.	Amt für Landwirtschaft, Flurneueordnung und Forsten Mitte	26.10.2023	<p>– Gegenüber dem Vorhaben bestehen aus Sicht der Abteilung Agrarstruktur keine Bedenken.</p> <p>– Fachstelle Landwirtschaft: Bei diesem Vorhaben handelt es sich um einen Stadionrückbau sowie einem Stadionneubau an einem anderen Standort auf landwirtschaftlichen Flächen. Grundsätzlich wird in Stellungnahmen aus landwirtschaftlicher Sicht nach dem Landwirtschaftsgesetz §15 geprüft. Demnach darf landwirtschaftlich genutzter Boden nur in begründeten Ausnahmefällen entzogen werden. Vorher muss eine Prüfung aller Möglichkeiten erfolgen und in den Planungsunterlagen nachgewiesen werden, dass eine Realisierung des Vorhabens nur auf landwirtschaftlicher Nutzfläche möglich ist.</p> <p>– Der Bewirtschafter bzw. Eigentümer der landwirtschaftlich genutzten Fläche ist rechtzeitig zu informieren. Durch den Investor ist zu prüfen, ob Meliorations- oder Drainageanlagen von der Baumaßnahme betroffen sind. Sollten bei den notwendigen Erdarbeiten Schäden an den Anlagen auftreten, muss der Investor diese beseitigen und haftet außerdem für die Funktionstüchtigkeit. Ertragsausfälle, Schäden auf Grund der Nichteinhaltung von Greening-Maßnahmen oder anderer Verpflichtungen sowie Ernteverluste, die durch die geplanten</p>	– Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. –	

			<p>Baumaßnahmen an landwirtschaftlich genutzten Flächen entstehen und in den Folgejahren nicht auszuschließen sind, sind entsprechend zu entschädigen.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Beim Rückbau des Stadions am Küchenhorn handelt es sich um eine von Hochwasser gefährdete Fläche, daher kann unter Beachtung folgender Hinweise dem Vorhaben zugestimmt werden: Nach dem Stadionrückbau am Standort am Küchenhorn ist die Fläche wieder in eine landwirtschaftliche Nutzung zum Beispiel als Grünlandfläche zu überführen. Vor dem Vorhabenbeginn ist mit einem Landwirt die Nutzung vertraglich zu vereinbaren. - Bei Beachtung dieser Hinweise bestehen aus Sicht der Fachstelle Landwirtschaft keine Bedenken. 		
3.3.	Avacon Netz GmbH	20.06.2022	<ul style="list-style-type: none"> - Der angefragte Bereich befindet sich innerhalb der Leitungsschutzbereiche der Gashochdruckleitungen "Detershagen-Zielitz", GTL0002034 (DN200 / PN16) und "Stadtw. Wolmirstedt", GTL0002345 (DN200 / PN16). Im angefragten Bereich befinden sich zusätzlich die stillgelegten Gashochdruckleitungen GTL0002034 "Detershagen-Wolmirstedt" und GTL0002345 Stadtw. Wolmirstedt. Bei Einhaltung der Hinweise hat die Avacon Netz GmbH gegen das Vorhaben keine weiteren Einwände oder Bedenken. - Änderungen der Planung bedürfen der erneuten Prüfung. Es wird um Beteiligung am weiteren Verfahren gebeten. - Die sich innerhalb des Planungsgebietes befindlichen Gashochdruckleitungen "Detershagen-Zielitz", GTL0002034 (DN200 / PN16) und "Stadtw. Wolmirstedt", GTL0002345 (DN200 / PN16) sind zum Teil in einem dinglich gesicherten Schutzstreifen, bzw. in einem Schutzstreifen in Anlehnung an das EnWG § 49, laut dem geltenden DVGW-Arbeitsblatt G463(A) / Kapitel 5.1.4 verlegt. Die dinglich gesicherte Trassenbreite für die Gashochdruckleitung GTL0002034 beträgt 3m. Die Leitungsschutzstreifenbreite beträgt nach DVGW-Arbeitsblatt G463(A) / Kapitel 5.1.4, 6m. Das heißt, je zur Hälfte vom Rohrscheitel zu beiden Seiten gemessen. Die Leitungsschutzstreifenbreite für die Gashochdruckleitung GTL0002121 beträgt nach DVGW-Arbeitsblatt G463(A) / Kapitel 5.1.4, 4m. Das heißt, je zur Hälfte vom Rohrscheitel zu beiden Seiten gemessen. Innerhalb dieser Leitungsschutzstreifen sind Maßnahmen jeglicher Art, die den Bestand oder den Betrieb der Gashochdruckleitungen beeinträchtigen oder gefährden könnten, nicht gestattet. Gashochdruckleitungen dürfen nicht überbaut werden. Die Versorgungssicherheit bzw. die Funktion der bestehenden Gashochdruckleitungen inklusive ihrer Nebeneinrichtungen, wie z.B. Begleit-/ Steuerkabel, haben höchste Bedeutung und sind damit in ihrem Bestand und Betrieb auch zukünftig konsequent und ohne Einschränkungen zu gewährleisten. Es darf innerhalb der Leitungsschutzbereiche ohne vorherige Abstimmung über dem vorhandenen Geländeniveau nichts aufgeschüttet oder abgestellt werden. Es dürfen keine Abgrabungen oder Erdarbeiten vorgenommen und keine Pfähle und Pfosten eingebracht werden. Erdarbeiten innerhalb der Leitungsschutzbereiche dürfen nur in vorsichtiger Handschachtung und nur nach Einweisung durch Mitarbeiter der Avacon Netz GmbH ausgeführt werden. Bei der späteren Gestaltung des Planungsgebietes innerhalb der Leitungsschutzbereiche wird auf das Merkblatt DVGW GW 125 (Bäume, unterirdische Leitungen und Kanäle) und Beiblatt GW125-B1 hingewiesen. Leitungsschutzstreifen sind grundsätzlich von Baumpflanzungen freizuhalten. Tiefwurzelnde Bäume müssen mindestens 6m links und rechts von den oben genannten Gashochdruckleitungen entfernt bleiben. Bei der Errichtung von Grünanlagen ist ein Begehungstreifen von 2m links und rechts über den Leitungsscheiteln 	<ul style="list-style-type: none"> - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. - Die Sachverhalte der Abstände und der Leitungsschutzstreifen betreffen nicht die im Rahmen der Flächennutzungsplanung zu behandelnden Grundzüge der Bodennutzung. Sie bedürfen im vorliegenden Verfahren keiner Behandlung. Eine Berücksichtigung ist erst im Bebauungsplanverfahren erforderlich. 	kein Beschluss erforderlich

			<p>frei von Sträuchern zu halten. Für den Fall, dass die Gashochdruckleitungen durch die Maßnahme gesichert oder umgelegt werden müssen (nur in lastschwachen Zeiten möglich) ist zu berücksichtigen, dass eine Vorlaufzeit von ca. 24 Monaten für Planung und Materialbeschaffung benötigt wird. Die Kosten hierfür sind durch den Verursacher zu tragen. Arbeiten innerhalb der Leitungsschutzstreifen der Gashochdruckleitungen unterliegen einer vorherigen örtlichen Einweisung durch den fachverantwortlichen Mitarbeiter. Dazu ist sich mindestens drei Wochen vor dem gewünschten Termin mit der Avacon Netz GmbH in Verbindung zu setzen. Sich außer Betrieb befindliche Gashochdruckleitungen dürfen nicht überbaut werden. Für die Arbeiten zum Straßenendausbau sowie die Herstellung der Hausanschlüsse im Bereich der stillgelegten Gashochdruckleitung, muss diese zurückgebaut werden. Es ist zu berücksichtigen, dass eine Vorlaufzeit von ca. 24 Monaten Jahr für die Planung und Beauftragung der Demontagefirma sowie den Rückbau der Gashochdruckleitung benötigt wird. Die Kosten für die Maßnahme trägt die Avacon Netz GmbH.</p>		
		13.10.2022	<ul style="list-style-type: none"> - Die Stellungnahme vom 20.06.2022 behält weiterhin ihre Gültigkeit. Bei Einhaltung der dort im Anhang aufgeführten Hinweise hat die Avacon Netz GmbH gegen das Vorhaben keine weiteren Einwände oder Bedenken. - Änderungen der Planung bedürfen einer erneuten Prüfung. - Die Avacon Netz GmbH ist am weiteren Verfahren zu beteiligen. 	<ul style="list-style-type: none"> - Die Stellungnahme vom 20.06.2022 wurde vorstehend in die Abwägung eingestellt. - Eine Änderung ist nicht vorgesehen. - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. 	kein Beschluss erforderlich
		25.10.2022	<ul style="list-style-type: none"> - Die Unterlagen hat die Avacon Netz GmbH im Hinblick auf ihre Belange überprüft. Die Avacon Netz GmbH geht davon aus, dass durch die 2. Änderung des Flächennutzungsplans bzw. dessen späteren Umsetzung der Fortbestand der vorhandenen Netzanlagen im ausgewiesenen Gebiet gesichert ist. Darin eingeschlossen sind der Betrieb, die Wartung und die Instandhaltung der Netzanlagen nach den gültigen anerkannten technischen Regeln und Normen sowie den gesetzlichen Bestimmungen. Weitere Anregungen bzw. Bedenken sind aus Sicht der Avacon Netz GmbH nicht vorzubringen. 	<ul style="list-style-type: none"> - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. 	kein Beschluss erforderlich
		25.11.2022	<ul style="list-style-type: none"> - Die Avacon Netz GmbH gibt zum Vorhaben grundsätzlich ihre Zustimmung. Die Avacon Netz GmbH betreibt im Bereich Am Küchenhorn Stromverteilungsanlagen. Zurzeit sind keine Vorhaben seitens der Avacon Netz GmbH geplant. - Bei der weiteren Planung ist zu berücksichtigen, dass Umverlegungen der Anlagen möglichst vermieden werden, Mindest-/ Sicherheitsabstände zu den Anlagen eingehalten werden, einer Über-/ Unterbauung der Anlagen mit Bauwerken ohne vorherige Abstimmung nicht zugestimmt wird, bei einer Begrünung des Baubereiches mit Bäumen, die Einhaltung des erforderlichen Abstandes zu ober- und unterirdischen Leitungen einzuhalten ist, bei Notwendigkeit Anlagen umzusetzen bzw. Kabel umzuverlegen dies spätestens 30 Werktagen zuvor anzuzeigen und mit der Avacon Netz GmbH abzustimmen ist, eine Kostenübernahme geregelt und eine anschließende Beauftragung im Vorfeld geklärt sein muss, die Versorgung mit Elektroenergie und Gas mit Abstimmung der Avacon Netz GmbH in Gardelegen zu erfolgen hat. Die Zustimmung zum Vorhaben entbindet die bauausführende Firma nicht von ihrer Erkundungspflicht vor Beginn der Tiefbauarbeiten. Hierbei ist eine Bearbeitungszeit von ca. 10 Tagen zu berücksichtigen. - Die Avacon Netz GmbH ist an der weiteren Planung zu beteiligen, insbesondere dann, wenn Detailbebauungsplanungen im dringlich gesicherten Schutzstreifen der Leitungen anstehen. Die Einhaltung der erforderlichen Sicherheitskriterien sowie weiteren Anweisungen sind der Avacon Leitungsschutzanweisung zu entnehmen. 	<ul style="list-style-type: none"> - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. - Der Sachverhalt betrifft nicht die zur Abstimmung gestellten Inhalte der Flächennutzungsplanung sondern konkrete Bauvorhaben. Er bedarf im Rahmen des vorliegenden Verfahrens keiner Behandlung. - Die Avacon Netz GmbH wird zum Bebauungsplanverfahren beteiligt. 	kein Beschluss erforderlich

3.4.	BördeBus Verkehrsgesellschaft mbH	14.10.2022	<ul style="list-style-type: none"> - Gegen den Flächennutzungsplan der Stadt Wolmirstedt "Stadionneubau - Samsweger Straße" vom 07.10.2022 wird seitens der BördeBus VGmbH kein Einwand erhoben. - Es wird in diesem Zusammenhang auf die insgesamt problematische ÖPNV-Erschließung des Gymnasiums Wolmirstedt über die Schwimmbadstraße hingewiesen. Dieser Sachverhalt sollte bei einer tatsächlichen Erschließung für einen Stadionneubau dringend Beachtung finden. 	<ul style="list-style-type: none"> - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. - Dies wurde beachtet. 	kein Beschluss erforderlich
3.5.	Deutsche Bahn AG	08.11.2022	<ul style="list-style-type: none"> - Gegen die 2.Änderung des Flächennutzungsplanes Stadt Wolmirstedt bestehen seitens der Deutsche Bahn AG und ihrer Konzernunternehmen keine Einwände. Im Planbereich des Stadionneubaues befinden sich keine Grundstücke und Anlagen der Deutsche Bahn AG und ihrer Konzernunternehmen. Es bestehen daher weder Hinweise, Bedenken noch Anmerkungen. - Für den Bereich des bisherigen Stadionstandortes ist bei einer möglichen Renaturierung, Bewaldung folgendes zu beachten: Alle Neuanpflanzungen im Nachbarbereich von Bahnanlagen, insbesondere Gleisen, müssen den Belangen der Sicherheit des Eisenbahnbetriebes entsprechen. Zu den Mindestpflanzabständen ist die DB Konzernrichtlinie (Ril) 882 "Landschaftspflege und Vegetationskontrolle" zu beachten. Grob gilt: An Streckenabschnitten, die mit Geschwindigkeiten bis 160 km/h befahren werden: Mindestabstände zur Gleismitte des äußersten Gleises gemäß Ril 882.0300 für klein- und mittelwüchsige Sträucher 8m, für hochwüchsige Sträucher 10m und für Bäume 12m; keine Pflanzungen innerhalb der in Modul 882.0001, 882.0200 genauer definierten Rückschnittzone (hierdurch können sich im Einzelfall die Mindestabstände beträchtlich erhöhen). Die Rückschnittzone dient der Freihaltung von Sicherheitsräumen, Ingenieurbauwerken, Oberleitungsabständen, Signalsichten etc. gemäß den anerkannten Regeln der Technik; ausschließlich Pflanzung geeigneter Gehölze, wie in den Modulen 882.0300, 882.0300A01, 882.0300A02 beschrieben. An Streckenabschnitten, die mit Geschwindigkeiten über 160 km/h befahren werden (Schnellfahrstrecken) gemäß Ril 882.0300; Mindestabstand zum Lichtraumprofil (Profil = 2,5m ab Gleismitte des äußersten Gleises) entspricht der maximal erreichbaren Wuchshöhe der Gehölze im Alter; Mindestabstand auch für kleinwüchsige Gehölze 8m von der Gleismitte des äußersten Gleises; zusätzlich gegebenenfalls Beachtung der Vorgaben aus den Modulen 882.0001 und 882.0200 zur Rückschnittzone. Abstand und Art von Bepflanzungen müssen so gewählt werden, dass diese z.B. bei Windbruch nicht in die Gleisanlagen fallen können. Diese Abstände sind durch geeignete Maßnahmen (Rückschnitt u.a.) ständig zu gewährleisten. Der Pflanzabstand zum Bahnbetriebsgelände ist entsprechend der Endwuchshöhe zu wählen. Soweit von bestehenden Anpflanzungen Beeinträchtigungen des Eisenbahnbetriebes und der Verkehrssicherheit ausgehen können, müssen diese entsprechend angepasst oder beseitigt werden. Bei Gefahr in Verzug behält sich die Deutsche Bahn das Recht vor, die Bepflanzung auf Kosten des Eigentümers zurückzuschneiden bzw. zu entfernen. Es wird gebeten entsprechende Neuanpflanzungen in unmittelbarer Bahnnähe von vornherein auszuschließen. 	<ul style="list-style-type: none"> - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. - Der Sachverhalt von Abstandsorderungen von Gehölzen betrifft nicht die im Flächennutzungsplan zu behandelnden Grundzüge der Bodennutzung. Er bedarf im Rahmen der vorliegenden Änderung keiner Behandlung. Der Sachverhalt ist im Rahmen konkreter Maßnahmenplanungen für die Flächen zu beachten. 	kein Beschluss erforderlich
3.6.	Deutsche Telekom Technik GmbH	24.06.2022	<ul style="list-style-type: none"> - Im Bereich des Flächennutzungsplanes befinden sich keine Telekommunikationslinien der Telekom. Durch die Änderung werden die Belange der Telekom Deutschland GmbH zurzeit nicht berührt. Zu dem aus dem Flächennutzungsplan entstandenen Bebauungsplan wird eine detaillierte Stellungnahme abgegeben. 	<ul style="list-style-type: none"> - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. 	kein Beschluss erforderlich
3.7.	GDMcom mbH	04.11.2022	<ul style="list-style-type: none"> - Auskunft zum angefragten Bereich für folgende Anlagenbetreiber: Erdgasspeicher Peissen GmbH, Halle - nicht betroffen; Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen) - nicht betroffen 	<ul style="list-style-type: none"> - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. 	kein Beschluss erforderlich

		<p>(Die Ferngas Netzgesellschaft mbH ist Eigentümer und Betreiber der Anlagen der früheren Ferngas Thüringen-Sachsen GmbH, der Erdgasversorgungsgesellschaft Thüringen-Sachsen mbH (EVG) bzw. der Erdgastransportgesellschaft Thüringen-Sachsen mbH (ETG).); ONTRAS Gastransport GmbH, Leipzig - betroffen; VNG Gasspeicher GmbH, Leipzig - nicht betroffen.</p> <p>Diese Auskunft gilt nur für den dargestellten Bereich und nur für die Anlagen der vorgenannten Unternehmen, so dass noch mit Anlagen weiterer Betreiber gerechnet werden muss, bei denen weitere Auskünfte einzuholen sind.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Anhang: Im angefragten Bereich befinden sich keine Anlagen und keine zurzeit laufenden Planungen der Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen), VNG Gasspeicher GmbH, Erdgasspeicher Peissen GmbH. Es bestehen keine Einwände gegen das Vorhaben. - Weitere Anlagenbetreiber: Im angefragten Bereich können sich Anlagen Dritter befinden, für die GDMcom für die Auskunft nicht zuständig ist. - ONTRAS Gastransport GmbH Die Schutzanweisung der ONTRAS Gastransport GmbH ist wesentlicher Bestandteil der Auskunft und zwingend zu beachten. Im Bereich befinden sich die folgenden Anlagen der ONTRAS Gastransport GmbH: Anlagentyp Ferngasleitung (FGL) stillgelegt / Anlagenkennzeichen 66.04 / DN 250 / Schutzstreifenbreite 3 m (1,5 m beidseitiger technischer Mindestabstand) / zuständig ONTRAS Gastransport GmbH Instandhaltungsbereich Schönebeck; mögliche sonstige Einbauten und Zubehör: Schilderpfahl (SPf), Schilderpfahl mit Messkontakt (SMK), Schilderpfahl mit Fernsprechdose (FS); Gas Merk- oder Messstein (G), Mantelrohr/e (MR) mit Kontrollrohr/en (KR), glasfaserverstärkte FGL-Umhüllung (GFK), Wassertopf (WT), Armaturengruppe/n (S) mit Verbindungsleitung und Ausbläser (A), Isolierstück/e (J), Betonreiter (BR), (Kabel-) Schutzrohr/e (SR), Kabelmuffen (KM), Kabelreserve/n (KR), Kabel-Unterflurbehälter (KUFb), Kabelmarker (M), Kabelgarnituren, Banderder, Gleichrichterschrank. Die Anlagen liegen in der Regel mittig im angegebenen Schutzstreifen (ggf. abweichende Schutzstreifenbreiten sind dem Bestandsplanwerk bzw. den digitalen Daten zu entnehmen). - Für die stillgelegte Ferngasleitung liegen weder aktuelle Leitungsbestandspläne noch digitale Daten vor. Die Angaben zur Lage der Anlagen sind so lange als unverbindlich zu betrachten, bis die tatsächliche Lage in der Örtlichkeit unter Aufsicht des zuständigen Betreibers/ Dienstleisters festgestellt wurde. Erforderliche Suchschachtungen sind durch den Antragsteller/ das Bauunternehmen in Handschachtung auf eigene Kosten durchzuführen. Für die genaue Lage in der Örtlichkeit ist ein Termin mit der ONTRAS Gastransport GmbH, Instandhaltungsbereich Schönebeck zu vereinbaren. - Zum Entwurf bestehen grundsätzlich keine Einwände. Zu beachten sind folgende Auflagen und Hinweise: Im Schutzstreifen dürfen für die Dauer des Bestehens der Anlagen keine baulichen Anlagen errichtet oder sonstigen Einwirkungen vorgenommen werden, die den Bestand oder Betrieb der Anlagen vorübergehend oder dauerhaft beeinträchtigen / gefährden können. Die Ferngasleitung ist als Hauptversorgungsleitungen in den Unterlagen eingetragen. Es wird von einer lage-richtigen Übernahme der Daten ausgegangen. Nach derzeitigem Kenntnisstand bestehen Interessenberührungen durch die geplante Nutzungsänderungen sowie die (noch festzulegenden) Kompensationsmaßnahmen im Bereich des geplanten Rückbaus des Stadions "Glück auf". - Entsprechend Punkt 2.3 der Begründung werden diese Maßnahmen im 	<ul style="list-style-type: none"> - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. Andere Netzbetreiber wurden – soweit bekannt – im Verfahren beteiligt. - Andere Netzbetreiber wurden – soweit bekannt – im Verfahren beteiligt. - Die stillgelegte Ferngasleitung der ONTRAS Gastransport GmbH verläuft im Bereich Küchenhorn parallel zur Straße. In diesem Bereich ist die Rücknahme des alten Stadions vorgesehen. Die Änderung des Flächennutzungsplanes hat keine wesentlichen Auswirkungen auf den Fortbestand der Leitung. - Für die Planungsebene des Flächennutzungsplanes ist die Genauigkeit der Lage ausreichend. - Der Sachverhalt betrifft konkrete Bau- und Pflanzmaßnahmen. Im Rahmen der Flächennutzungsplanung bedarf er keiner Behandlung. - Dies ist nicht mehr der Fall. Der Bebauungsplan umfasst ausschließlich 	
--	--	--	--	--

			<p>(parallel laufenden) Bebauungsplanverfahren festgesetzt, zu dem die GDMcom mbH auf Anfrage separat Stellung nimmt.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Der Anlagenbetreiber ist weiter an der Planung/ dem Verfahren (auch am Bebauungsplanverfahren) zu beteiligen. - Nach Abschluss des Verfahrens ist der GDMcom mbH der Beschluss zu übergeben. 	<p>das Gebiet des geplanten Stadions.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. - Der verbindliche Plan wird in das Internet eingestellt und steht der GDMcom mbH zur Verfügung. 	
3.8.	K+S Minerals and Agriculture GmbH	09.06.2022	<ul style="list-style-type: none"> - Das Planungsgebiet befindet sich innerhalb des Bergwerksfeldes 613/90/1007 (Zielitz I). Für das Bergwerksfeld wurde der K+S Minerals and Agriculture GmbH das Bergwerkseigentum verliehen. Entsprechend § 110 ff des Bundesberggesetzes vom 13.08.1980 wird eine Anpassung an die aus dem untertägigen Abbau resultierenden Deformationen gefordert. Bisher sind im Bereich keine Absenkungen der Tagesoberfläche infolge Abbaueinwirkung messtechnisch nachgewiesen. Im Verlauf des fortschreitenden untertägigen Abbaus ist über einen Zeitraum von mehreren Jahrzehnten mit Absenkungen bis max. 0,5m $\pm$50% zu rechnen, die sich in Abhängigkeit vom erreichten Abbaustand langsam, gleichmäßig und großflächig ausbilden. Die daraus resultierenden Schiefen werden max. 2mm/m, die Längenänderungen (erst Zerrungen, dann Pressungen) max. 1mm/m betragen. Der minimale Krümmungsradius ist bei Erreichen der maximalen Verformungswerte größer als 20km. Die nachfolgend bis zur Endsenkung auftretenden Deckgebirgsdeformationen bewegen sich in ihrer Größe am Rand der Nachweisgrenze und haben grundsätzlich keine bergschadenkundliche Bedeutung. Bei Berücksichtigung der zu erwartenden Deformationswerte bei der Projektierung und bei der Bauausführung sind aus Sicht der K+S Minerals and Agriculture GmbH Beeinträchtigungen des Vorhabens nach derzeitigem Erkenntnisstand auszuschließen. - Im Bereich des geplanten Standortes werden seitens der K+S Minerals and Agriculture GmbH keine übertägigen Anlagen betrieben. Die Hinweise sind unter Punkt 3.3. Absatz Bergbau bereits berücksichtigt. 	<ul style="list-style-type: none"> - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. Die Hinweise sind in der Begründung zur Änderung des Flächennutzungsplanes bereits berücksichtigt. - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. 	kein Beschluss erforderlich
3.9.	Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt	08.11.2022	<ul style="list-style-type: none"> - Stellungnahme zu archäologischen Belangen: Die Stellungnahme des Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie vom 11.07.2022 behält Gültigkeit. - Für den Bereich des Stadionneubaus gilt: Im Bereich des Vorhabens befinden sich gemäß § 2 DenkmSchG LSA mehrere archäologische Kulturdenkmale. Es handelt sich um eine jungsteinzeitliche Siedlung, eine vor-/frühgeschichtliche Siedlung, eine Fundstelle der Römischen Kaiserzeit, eine mittelalterliche Siedlung und eine undatierte Befestigung (Ortsakte, Wolmirstedt, Fundplatz 4, 78). Die Fundstellen im Hochuferbereich der Ohre, an der ehemaligen Einmündung der Ohre in die Elbe, sind von hohem dokumentarischem Wert. - Die Baumaßnahme führt zu erheblichen Eingriffen, Veränderungen und Beeinträchtigungen des Kulturdenkmales. Gemäß § 1 und § 9 DenkmSchG LSA sind archäologische Kulturdenkmale im Sinne des DenkmSchG LSA zu schützen, zu erhalten und zu pflegen (substantielle Primärerhaltungspflicht). Hierbei erstreckt sich der Schutz auf die gesamte Substanz des Kulturdenkmales einschließlich seiner Umgebung, soweit dies für die Erhaltung, Wirkung, Erschließung und die wissenschaftliche Forschung von Bedeutung ist. Aus facharchäologischer Sicht kann dem Vorhaben nur unter der Bedingung zugestimmt werden, dass vorgeschaltet zur Baumaßnahme entsprechend § 14 Abs.9 eine fachgerechte archäologische Dokumentation nach den derzeitig gültigen Standards des Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie LSA durchgeführt wird (Sekundärerhaltung). Die Dokumentation wird gemäß Schreiben der Oberen Denkmalschutzbehörde vom 06.03.2013 (Az:502a-57731-4065-f5107) durch das Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie LSA durchgeführt. Die Ausführungen 	<ul style="list-style-type: none"> - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. - Die Hinweise auf die archäologischen Denkmale wurden in der Entwurfsbearbeitung in die Begründung aufgenommen. - Der Sachverhalt ist im Rahmen der Bebauungsplanung näher zu prüfen. Auf der Planungsebene der Flächennutzungsplanung bedarf er keiner Behandlung. 	kein Beschluss erforderlich

			<p>zur erforderlichen archäologischen Dokumentation (Geländearbeit mit Vor- und Nachbereitung, restauratorische Sicherung, Inventarisierung) sind in Form einer schriftlichen Vereinbarung zwischen Bauherr und dem Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie LSA festzulegen. Dabei gilt für die Kostentragungspflicht entsprechend DenkmSchG das Verursacherprinzip; vgl. zu Kosten archäologische Dokumentation Verwaltungsvorschriften vom 17.05.2021. Die Vereinbarung ist in Kopie der unteren Denkmalschutzbehörde unverzüglich nach Unterzeichnung, jedoch spätestens mit der Baubeginnanzeige zu überreichen.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Aufgrund der Siedlungsgeschichte der Region können weitere Fundsituationen bzw. archäologische Quellen nicht ausgeschlossen werden. Gemäß § 2 in Verbindung mit § 18 Abs.1 DenkmSchG LSA entsteht ein Denkmal ipso iure und nicht durch einen Verwaltungsakt. Im Übrigen sollte bereits in der Genehmigung der Hinweis, im Bedarfsfall Grabungen erweitern zu müssen, aufgenommen werden. - Für den Bereich des Rückbaus des derzeit bestehenden Stadions gilt: Nach derzeitiger fachlicher Einschätzung des Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie bestehen gegen das geplante Vorhaben aus archäologischer Sicht keine Einwände. - Alle Beteiligte sind auf die gesetzliche Meldepflicht im Falle unerwartet freigelegter archäologischer Kulturdenkmale hinzuweisen. Gemäß § 2 in Verbindung mit § 18 Abs.1 DenkmSchG LSA entsteht ein Denkmal ipso iure und nicht durch einen Verwaltungsakt. Nach § 9 Abs.3 des Denkmalschutzgesetzes für Sachsen-Anhalt sind Befunde mit den Merkmalen eines Kulturdenkmals bis zum Ablauf einer Woche nach der Anzeige unverändert zu lassen. Eine wissenschaftliche Untersuchung durch das Landesamt oder von ihm Beauftragte ist zu ermöglichen. Es ist festzuhalten, dass die im § 9 Abs.3 DenkmSchG LSA verankerte Wochenfrist bei in Erde oder Wasser gefundenen Sachen dazu dient, eine eventuelle Denkmaleigenschaft, gegebenenfalls mittels kurzfristiger Untersuchungen durch das Fachamt, bis zum Ablauf einer Woche, festzustellen. Bei Feststehen der Denkmaleigenschaft finden weitere Schutzvorschriften des DenkmSchG Anwendung. Es gilt die Erhaltungspflicht nach § 9 Abs.1 und 2 und die Genehmigungspflicht nach § 14 Abs.1 DenkmSchG. Soweit erforderlich kann diese gemäß § 14 Abs.9 Auflagen zu einer fachgerechten Dokumentation nach den derzeit gültigen Standards des Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie enthalten (vgl. Urteil OVG LSA, 17.04.2003, 2L150/02). Für den Fall des Zutage Tretens von archäologischen Funden bei Erd Eingriffen, die nach § 14 Abs.9 DenkmSchG LSA zu dokumentieren sind, sollten zur Umsetzung denkmalrechtlicher oder denkmalpflegerischer Grundsätze und Ziele bezüglich des Erhalts, der Pflege oder Dokumentation von Kulturdenkmälern sowie des Erkenntnisgewinnes gern. § 36 Abs.2 Nr.5 VwVfG die Erteilung weitergehender Auflagen vorbehalten werden. - Dieses Schreiben ist als Information nicht als verwaltungsrechtlichen Bescheid zu betrachten. Ein Antrag auf denkmalrechtliche Genehmigung ist gegebenenfalls bei der zuständigen Denkmalschutzbehörde einzureichen. 	<ul style="list-style-type: none"> - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. - Der Sachverhalt betrifft nicht die Flächennutzungsplanung. - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. 	
		08.11.2022	<ul style="list-style-type: none"> - Stellungnahme zu den Belangen der Bau- und Kunstdenkmalpflege: Die Belange der Bau- und Kunstdenkmalpflege sind im Entwurf zur Änderung des Flächennutzungsplans zutreffend wiedergegeben und berücksichtigt. Weitere Anregungen der Bau- und Kunstdenkmalpflege sind nicht vorzutragen. 	<ul style="list-style-type: none"> - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. 	kein Beschluss erforderlich
3.10.	Landesamt für Geologie und Bergwesen	02.11.2022	<ul style="list-style-type: none"> - Durch die zuständigen Fachdezernate der Bereiche Geologie und Bergbau erfolgten Prüfungen zum Vorhaben, um die Stadt auf mögliche geologische/ bergbauliche Beeinträchtigungen hinweisen zu können. 	<ul style="list-style-type: none"> - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. 	kein Beschluss erforderlich

			<ul style="list-style-type: none"> - Bergbau: Belange, die das Landesamt für Geologie und Bergwesen, Abteilung Bergbau zu vertreten hat, stehen den Planungen im Zug der 2.Änderung des Flächennutzungsplans (Entwurf) der Stadt Wolmirstedt nicht entgegen. Es wird darauf hingewiesen, dass das Vorhaben inmitten des großräumigen Bergwerkseigentumsfeldes Zielitz I" gelegen ist. Es wird empfohlen sich mit der Bergwerkseigentümerin, der K+S Minerals and Agriculture GmbH in Verbindung zu setzen. Da die Rechte des Eigentümers der Bergbauberechtigung zu berücksichtigen sind, wird empfohlen von diesem eine entsprechende Stellungnahme zu dem geplanten Vorhaben einzuholen. - Bei Beachtung der dort eventuell gemachten Auflagen und Hinweise gibt es von Seiten des Landesamtes für Geologie und Bergwesen keine Bedenken zu der geplanten Maßnahme. Hinweise auf mögliche Beeinträchtigungen durch umgegangenen Altbergbau liegen dem Landesamt für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt für das Planungsgebiet nicht vor. - Geologie: Aus geologischer Sicht gibt es zum Entwurf keine weiteren Hinweise. 	<ul style="list-style-type: none"> - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. Die K+S Minerals and Agriculture GmbH wurde im Aufstellungsverfahren beteiligt. - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. 	
3.11.	Landesamt für Vermessung und Geoinformation	22.06.2022	<ul style="list-style-type: none"> - Zur Planung selbst bestehen keine Bedenken oder Anregungen. Im Bereich der 2.Änderung des Flächennutzungsplanes gibt es keine geschützten Festpunkte des Landes Sachsen-Anhalt. 	<ul style="list-style-type: none"> - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. 	kein Beschluss erforderlich
3.12.	Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft	13.10.2022	<ul style="list-style-type: none"> - Gegen die 2.Änderung des Flächennutzungsplanes Stadionneubau in der Samsweiger Straße in Wolmirstedt bestehen von Seiten des Landesbetriebes für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft Flussbereich Schönebeck keine Bedenken. - Hinweis: Für die Einleitung von Regenwasser in die Ohre ist eine wasserrechtliche Genehmigung erforderlich, diese ist bei der unteren Wasserbehörde des Bördekreises mit aussagefähigen Planungsunterlagen zu beantragen. 	<ul style="list-style-type: none"> - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. - Der Sachverhalt ist gesetzlich geregelt und zu beachten. 	kein Beschluss erforderlich
3.13.	Landesverwaltungsamt	24.10.2022	<ul style="list-style-type: none"> - Stellungnahme Referat 407: Die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die 2.Änderung des Flächennutzungsplanes vertritt die Naturschutzbehörde des Landkreises Börde. - Hinweis: Umweltschadensgesetz und Artenschutzrecht sind zu beachten. Es wird in diesem Zusammenhang insbesondere auf § 19 BNatSchG i.V.m. dem Umweltschadensgesetz (vom 10.05.2007, BGBl. Teil I S.666) sowie auf die §§ 44 und 45 BNatSchG verwiesen. 	<ul style="list-style-type: none"> - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. Der Landkreis Börde wurde im Verfahren nach § 4 Abs.2 BauGB beteiligt. - Die Sachverhalte sind gesetzlich geregelt und somit zu beachten. 	kein Beschluss erforderlich
		26.10.2022	<ul style="list-style-type: none"> - Das Vorhaben berührt keine wahrzunehmenden Belange in Zuständigkeit des Referates 404 – Wasser. 	<ul style="list-style-type: none"> - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. 	kein Beschluss erforderlich
		28.10.2022	<ul style="list-style-type: none"> - Durch das Vorhaben werden keine abwasserrechtlichen Belange in Zuständigkeit des Referates 405 des Landesverwaltungsamtes berührt. Die Zuständigkeit zur Umsetzung etwaiger wasserrechtlicher Anforderungen obliegt der unteren Wasserbehörde des Landkreises Börde. 	<ul style="list-style-type: none"> - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. Der Landkreis Börde wurde im Verfahren nach § 4 Abs.2 BauGB beteiligt. 	kein Beschluss erforderlich
3.14.	Landkreis Börde	08.11.2022	<ul style="list-style-type: none"> - Umwelt und Planung / Regionalplanung: Nach Auswertung der Unterlagen sind aus Sicht des Landkreises Börde im Zuge der weiteren Planung und Realisierung der Maßnahme folgende Nebenbestimmungen (Bedingungen und Auflagen), Hinweise, Anregungen und Bedenken zu beachten: - Die Stellungnahme der unteren Landesentwicklungsbehörde im Verfahrensstand nach § 4 Abs.1 BauGB behält weiterhin ihre Gültigkeit und wird nachfolgend ergänzt: landesplanerische Feststellung der unteren Landesentwicklungsbehörde - Die Ziele und Grundsätze der Raumordnung sind im Gesetz über den Landesentwicklungsplan des Landes Sachsen-Anhalt (LEP-LSA 2010) vom 11.03.2011 (GVBl LSA Nr.6/2011, S.160) und die konkreten Ziele und Grundsätze der Raumordnung im Regionalen Entwicklungsplan (REP MD) der Planungsregion Magdeburg (beschlossen am 17.05.2006, genehmigt am 	<ul style="list-style-type: none"> - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. Im Rahmen der Bauleitplanung sind nur Anregungen und Bedenken vorzutragen. Weiterhin können Hinweise abgegeben werden. Nebenbestimmungen sieht die Bauleitplanung nicht vor. - Die Stellungnahme der unteren Landesentwicklungsbehörde nach § 4 Abs.1 BauGB enthält keine wesentlichen Anregungen zum Planinhalt, die der Behandlung im Rahmen der Abwägung bedürfen. 	Den Anregungen wird gefolgt.

		<p>29.05.2006 und bekannt gemacht am 30.06.2006 (außer Teilplan Wind, der durch Urteil des BVerwG 2016 außer Kraft gesetzt wurde) festgestellt. Der Regionale Entwicklungsplan der Planungsregion Magdeburg (REP MD) befindet sich zurzeit in Neuaufstellung. Die Ziele der Raumordnung sind bei raumbedeutsamen Planungen zu beachten. Gemäß § 13 Abs.1 Satz 2 Landesentwicklungsgesetz Sachsen-Anhalt (LEntwG LSA) vom 23.04.2015 (GVBl. LSA S.170), geändert durch Gesetz zur Änderung des Landesentwicklungsgesetzes Sachsen-Anhalt vom 30.10.2017 (GVBl. LSA S.203) ist der Antragsteller verpflichtet, der obersten Landesentwicklungsbehörde die raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen mitzuteilen und die erforderlichen Auskünfte zu geben. Die Feststellung der Vereinbarkeit der oben genannten Planung/ Maßnahme mit den Zielen der Raumordnung erfolgt dann durch die gemäß § 2 Abs.2 Nr.10 LEntwG LSA zuständige oberste Landesentwicklungsbehörde nach § 13 Abs.2 LEntwG LSA.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Zur Beachtung der in Aufstellung befindlichen Ziele der Raumordnung ist die Stellungnahme der Regionalen Planungsgemeinschaft Magdeburg einzuholen. - Begründung: Bei dem Vorhaben handelt es sich um die 2.Änderung des rechtskräftigen Flächennutzungsplanes der Stadt Wolmirstedt "Stadionneubau - Samsweger Straße", welche sich gegenwärtig in der Beteiligung nach § 4 Abs.2 BauGB (Baugesetzbuch) befindet. Der Bebauungsplan Nr.38/20 "Stadionneubau - Samsweger Straße" der Stadt Wolmirstedt wird gemäß § 8 Abs.3 BauGB im Parallelverfahren aufgestellt. Hierbei werden zwei Flächen im Stadtgebiet von Wolmirstedt neu ausgewiesen. Zum einen der hochwassergefährdete Altstandort des bestehenden Stadions "Glück Auf am Westrand von Wolmirstedt. Zum anderen der neu geplante Alternativstandort südlich des Ortseingangs von Wolmirstedt. Der Geltungsbereich der Änderung umfasst am Altstandort 6,12ha und am Alternativstandort 4,62ha. Es ist beabsichtigt, den Altstandort des Stadions "Glück Auf als Kompensationsfläche für den Stadionneubau zu entwickeln und in eine "Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur, und Landschaft auf der Fläche des bisherigen Stadions" zu ändern. Der Alternativstandort für den Neubau des Stadions wird gegenwärtig als landwirtschaftliche Fläche ausgewiesen und in eine "Fläche für Sport und Spielanlagen für den Stadionneubau" geändert. Mit dem im Parallelverfahren aufgestellten Bebauungsplan Nr.38/20 "Stadionneubau - Samsweger Straße" der Stadt Wolmirstedt sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Errichtung eines Stadions geschaffen werden. Die Tatbestände nach Punkt 3.3 des Runderlasses zur Zusammenarbeit der obersten Landesentwicklungsbehörde mit den unteren Landesentwicklungsbehörden im Rahmen der landesplanerischen Abstimmung nach dem Landesentwicklungsgesetz Sachsen-Anhalt (Rd.Erl. des MLV vom 01.11.2018 -24-20002-01, veröffentlicht im MBl. LSA Nr.41/2018 vom 10.12.2018) sind nicht erfüllt. Sollte die Oberste Landesentwicklungsbehörde einschätzen, dass eine raumbedeutsame Planung vorliegt, sind die Ziele der Raumordnung zu beachten. - Kreisplanung: Gemäß § 1 Abs.3 BauGB haben Gemeinden Bauleitpläne aufzustellen, sobald und soweit es für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung erforderlich ist, dabei hat sich die Bauleitplanung an die Ziele der Raumordnung anzupassen (Abs.4). Die Stadt Wolmirstedt ändert auf einer Teilfläche den rechtskräftigen Flächennutzungsplan. Das Änderungsverfahren erfolgt im Parallelverfahren mit der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr.38/20 "Stadionneubau — Samsweger Straße" und regelt somit die künftige städtebauliche Entwicklung. 	<ul style="list-style-type: none"> - Die Stellungnahme der Regionalen Planungsgemeinschaft Magdeburg wurde eingeholt. - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. Die Stellungnahme der obersten Landesentwicklungsbehörde zur Änderung des Flächennutzungsplanes wurde eingeholt. - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. 	
--	--	---	---	--

		<ul style="list-style-type: none"> - Die Erforderlichkeit der Genehmigung der Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Wolmirstedt gemäß § 6 Abs.1 BauGB ist in die Begründung aufzunehmen. Aus städtebaulicher Sicht bestehen keine Einwände oder Bedenken gegen die Änderung des Flächennutzungsplanes. - Abfallüberwachung: Aus abfall- und bodenschutzrechtlicher Sicht steht der 2.Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Wolmirstedt "Stadionneubau - Samsweger Straße" nichts entgegen. Werden im Plangebiet Verunreinigungen des Bodens festgestellt oder ergeben sich Hinweise bzw. Verdachtsmomente, dass Verunreinigungen erfolgt sind, so sind diese dem Amt für Planung und Umwelt des Landkreises Börde anzuzeigen. - Immissionsschutz: Keine immissionsschutzrechtlichen Bedenken. - Naturschutz und Forsten / Naturschutz: Die 2.Änderung des Flächennutzungsplans "Stadionneubau Samsweger Straße" wird von der unteren Naturschutzbehörde ausdrücklich begrüßt und unterstützt. Die Verlagerung des Stadions an den westlichen Rand der Stadt bietet die Möglichkeit der Rückverlegung des rechten Ohredeichs und die Einbeziehung des Waldgebiets Küchenhorn in die Überflutungsauere der Elbe/Ohre. Die Inhalte der Begründung zum Bebauungsplan sowie des Umweltberichts werden gebilligt. Es gibt dazu keine weiteren Hinweise oder Forderungen. - Wasserwirtschaft / Abwasser: Abwasserbeseitigungspflichtig für die Ortslage Wolmirstedt ist der Wolmirstedter Wasser- und Abwasserzweckverband WWAZ. Der Bereich des Flächennutzungsplanes "Stadionneubau Samsweger Straße" ist bisher kein Bestandteil des aktuellen Abwasserbeseitigungskonzeptes (ABK). Die Belange der abwassertechnischen Erschließung sind im weiteren Verfahren zu prüfen. Dazu ist der WWAZ einzubeziehen. Eine Änderung des ABK ist notwendig. - Niederschlagswasser: Für die Ableitung von Niederschlagswasser in die Ohre ist bei der unteren Wasserbehörde des Landkreises eine wasserrechtliche Erlaubnis zu beantragen. - Trinkwasser / Grundwasser: Aus Sicht des Gewässerschutzes bestehen keine Bedenken gegen die 2.Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Wolmirstedt "Stadionneubau - Samsweger Straße". - Wasserbau: Im Flächennutzungsplan sind nicht nur die Flächen des festgesetzten Überschwemmungsgebietes (§ 76 Wasserhaushaltsgesetz -WHG) sondern auch die Flächen des Hochwasserrisikogebietes (78b WHG) zu dokumentieren. Hochwasserrisikogebiete bilden die Ausbreitung eines Hochwassers mit niedriger Wahrscheinlichkeit (Extremereignis) (200-jährliches Ereignis - HQ200/ HQextrem) ohne Berücksichtigung von Hochwasserschutzanlagen ab. Risikogebiete außerhalb von Überschwemmungsgebieten sind Gebiete, für die nach § 74 Abs.2 WHG Gefahrenkarten zu erstellen sind und die nicht nach § 76 Abs.2 oder Abs.3 WHG als Überschwemmungsgebiete festgesetzt sind. - Bauordnung / vorbeugender Brandschutz: Nach Prüfung der Unterlagen bestehen aus Sicht des vorbeugenden Brandschutzes gegen das Vorhaben keine Einwände/ Bedenken, wenn die nachstehend aufgeführten/n Nebenbestimmungen Bestandteil der Genehmigung werden. Die Löschwasserversorgung für die geplante Nutzung ist vorab unter Berücksichtigung der Technischen Regeln des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches Arbeitsblatt W405 zu bestimmen und dementsprechend sicherzustellen. - Hinweis: Die Gemeinden haben gemäß Brandschutz- und Hilfeleistungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (Brandschutzgesetz - 	<ul style="list-style-type: none"> - Die Erforderlichkeit der Genehmigung der Änderung des Flächennutzungsplanes ergibt sich aus § 6 BauGB. Dies bedarf keiner gesonderten Darlegung in der Begründung, da dies für die Ebene der Flächennutzungsplanung den Regelfall darstellt. - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. Die Sachverhalte sind verordnungsrechtlich geregelt und zu beachten. Im Rahmen der Flächennutzungsplanung bedürfen sie keiner Behandlung. - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. Der WWAZ wurde im Änderungsverfahren beteiligt. - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. Der Sachverhalt ist im Rahmen der Vorhabenplanung zu beachten. - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. - Vorliegend handelt es sich um eine Änderung des Flächennutzungsplanes, die sich nur auf zwei Teilflächen beschränkt. Eine Einarbeitung von Sachverhalten, die im gesamten Flächennutzungsplan der Übernahme bedürfen, ist in diesem Verfahren nicht möglich. Die Abgrenzung wurde als Beiplan der Begründung beigefügt. - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. Nebenbestimmungen sind im Rahmen der Flächennutzungsplanung nicht zulässig. Die Löschwasserversorgung ist im Rahmen der Erschließungsplanung zu bearbeiten. - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. Die Sachverhalte sind gesetzlich geregelt und zu beachten. Im Rahmen der Flächennutzungsplanung 	
--	--	--	--	--

			<p>BrSchG) § 2 Abs.2 Nr.1 für eine ausreichende Löschwasserversorgung Sorge zu tragen. Ist die Bereitstellung von Löschwasser aus dem öffentlichen Netz nicht sichergestellt, kann die Bereitstellung aus unerschöpflichen bzw. erschöpflichen Löschwasserstellen erfolgen, wenn sie für die Feuerwehrtechnik nutzbar sind und die Entnahmevorrichtungen jederzeit frostfrei bleiben. Maßnahmen des baulichen Brandschutzes wurden nicht geprüft.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Rechtsamt / Sicherheit und Ordnung: Eine Stellungnahme seitens der Gefahrenabwehr erfolgt im Verfahren nicht. Eine Überprüfung auf Kampfmittel ist erst dann sinnvoll, sobald konkrete Baumaßnahmen, bzw. sonstige erdeingreifende Maßnahmen geplant sind. In einem Änderungsverfahren eines Flächennutzungsplanes ist eine Überprüfung auch nicht erforderlich. Sobald konkrete erdeingreifende Maßnahmen geplant sind, kann unter Angabe der betroffenen Flurstücke, in der Form "Gemarkung — Flur — Flurstück" eine Überprüfung auf Kampfmittel erfolgen. - Amt für Straßenbau und -unterhaltung: Die Stellungnahme vom 28.06.2022 behält weiterhin ihre Gültigkeit. Das Straßengesetz des Landes Sachsen-Anhalt bildet die rechtliche Grundlage für die Landesstraßen, Kreisstraßen und die gemeindlichen öffentlichen Straßen, Wege und Plätze. Belange des Landkreises Börde als Straßenbaulastträger für Kreisstraßen sind betroffen. Im Änderungsbereich befindet sich die K1177 Samsweger Straße. Unter Punkt 5.1 Erschließung wird die Anbindung des Stadionneubaus an das öffentliche Straßennetz über diese Kreisstraße gewährleistet. Von Seiten des Amtes für Straßenbau und -unterhaltung bestehen bei Einhaltung der im Bebauungsplan gegebenen Hinweise keine Bedenken. - Zum weiteren Verfahrensverlauf: Sollte der Planentwurf vor In-Kraft-Treten geändert oder ergänzt werden, bittet der Landkreis Börde gemäß § 4 a Abs.3 BauGB nochmals als Träger öffentlicher Belange beteiligt zu werden. Nach Abwägung durch die Gemeinde gemäß § 3 Abs.2 Satz 4 BauGB bittet der Landkreis um Mitteilung des Ergebnisses. Nach In-Kraft-Treten der Planung ist dem Amt für Planung und Umwelt, als Grundlage für nachfolgende weitere Planungen oder Genehmigungsverfahren, ein ausgefertigtes und bekannt-gemachtes Planexemplar (einschließlich Begründung und Satzungsbeschluss) in beglaubigter Kopie zur Verfügung zu stellen. Das Amt für Kreisplanung ist über das durch Bekanntmachung nach § 10 Abs.3 BauGB bewirkte In-Kraft-Treten des Bebauungsplanes/ der Satzung zu informieren. Diese Stellungnahme ersetzt nicht die Genehmigung, Planfeststellung oder sonstige behördliche Entscheidungen entsprechend den Rechtsvorschriften. 	<p>bedürfen sie keiner Behandlung.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. Der Sachverhalt wird im Rahmen der Bebauungsplanung geprüft. - Die Stellungnahme vom 28.06.2022 ist identisch mit der nebenstehenden Stellungnahme. Sie bedarf daher keiner gesonderten Behandlung. - Die Sachverhalte betreffen die Durchführung des Verfahrens und bedürfen keiner Behandlung im Rahmen der Abwägung. 	
3.15.	Ministerium für Infrastruktur und Digitales	09.11.2022	<ul style="list-style-type: none"> - Der Stadtrat der Stadt Wolmirstedt hat am 14.05.2022 die Aufstellung der 2.Änderung des Flächennutzungsplanes für den Neubau eines Stadions in der Samsweger Straße und den Rückbau des bestehenden Stadions "Glück Auf" am Küchenhorn südöstlich des bebauten Stadtgebietes der Kernstadt beschlossen. Das Stadion "Glück Auf" ist sanierungsbedürftig, verkehrlich ungünstig erschlossen und liegt im Bereich künftiger Retentionsflächen. Der Standort des neuen Stadions zeichnet sich durch seine günstige Verkehrslage in der Nähe der Kernstadt und durch die Nähe zu zwei Schulstandorten aus. Im Rahmen der 2.Änderung sollen im Bereich des Stadionneubaus eine bisher als Fläche für die Landwirtschaft dargestellte Fläche nunmehr als Fläche für Sport- und Spielanlagen mit der Zweckbestimmung Sportanlagen (ca. 4,62ha) und im Bereich des Rückbaus des bestehenden Stadions eine bisher als Fläche für Sport- und Spielanlagen mit der Zweckbestimmung Sportanlagen nunmehr als Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von 	<ul style="list-style-type: none"> - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. 	kein Beschluss erforderlich

			<p>Boden, Natur und Landschaft (ca. 6,12ha) dargestellt werden. Bereits zum Vorentwurf der raumbedeutsamen Planung wurde eine landesplanerische Abstimmung in Form einer landesplanerischen Stellungnahme durchgeführt. Nach Prüfung des Entwurfes wurde festgestellt, dass sich an den Zielen und Gründen der Planung gegenüber dem bisher beurteilten Vorentwurf nichts geändert hat. Von daher behält die am 15.06.2022 abgegebene landesplanerische Stellungnahme ihre Gültigkeit. Der raumbedeutsamen Planung der Stadt Wolmirstedt, der 2.Änderung des Flächennutzungsplanes "Stadionneubau – Samsweger Straße", stehen keine Ziele und Grundsätze der Raumordnung entgegen.</p> <p>– Mit dieser Stellungnahme wird den vorgeschriebenen Genehmigungs- und Zulassungsverfahren nicht vorgegriffen und es werden weder öffentlich-rechtliche noch privatrechtliche Zustimmungen und Gestattungen erteilt. Über den weiteren Verlauf des Genehmigungsverfahrens ist die oberste Landesentwicklungsbehörde zu informieren.</p> <p>Hinweis zur Datensicherung: Die oberste Landesentwicklungsbehörde führt gemäß § 16 Landesentwicklungsgesetz Sachsen-Anhalt das Raumordnungskataster (ROK) des Landes Sachsen-Anhalt. Die Erfassung aller in Kraft gesetzten Bauleitpläne und städtebaulichen Satzungen ist Bestandteil des ROK. Es wird gebeten das Ministerium für Infrastruktur und Digitales von der Genehmigung/Bekanntmachung der Bauleitpläne und städtebaulichen Satzungen durch Übergabe einer Kopie der Bekanntmachung und der in Kraft getretenen Planung einschließlich der Planbegründung in Kenntnis zu setzen.</p>	<p>– Die Sachverhalte betreffen die Durchführung des Verfahrens und bedürfen keiner Behandlung im Rahmen der Abwägung.</p>	
3.16.	Polizeirevier Börde	21.07.2022	<p>– Zur 2.Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Wolmirstedt werden seitens des Polizeireviers Börde keine Bedenken geäußert.</p>	<p>– Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis.</p>	kein Beschluss erforderlich
3.17.	Regionale Planungsgemeinschaft Magdeburg	11.11.2022	<p>– Die Regionale Planungsgemeinschaft Magdeburg (RPM) nimmt gemäß § 2 Abs.4 in Verbindung mit § 21 Landesentwicklungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (LEntwG LSA) vom 23.04.2015 für ihre Mitglieder, zu denen der Landkreis Börde, der Landkreis Jerichower Land, die Landeshauptstadt Magdeburg sowie der Salzlandkreis gehören, die Aufgabe der Regionalplanung wahr. Die Regionalversammlung hat am 29.09.2020 den 2.Entwurf des Regionalen Entwicklungsplanes der Planungsregion Magdeburg mit Umweltbericht (Beschluss RV 07/2020) zur öffentlichen Auslegung und Trägerbeteiligung vom 16.11.2020 bis 18.12.2020 und vom 11.01.2021 bis 05.03.2021 beschlossen. Das Kapitel 4 wurde mit dem Beschluss der Regionalversammlung vom 28.07.2021 (Beschluss RV 04/2021) aus dem Gesamtplan herausgelöst und als Sachlicher Teilplan "Ziele und Grundsätze zur Entwicklung der Siedlungsstruktur - Zentrale Orte / Sicherung und Entwicklung der Daseinsvorsorge /Großflächiger Einzelhandel" neu aufgestellt. Die öffentliche Auslegung und Trägerbeteiligung des 2.Entwurfs des Sachlichen Teilplanes erfolgt gemäß Beschluss der Regionalversammlung vom 22.06.2022 (Beschluss RV 04/2022) in der Zeit vom 25.07.2022 bis 31.08.2022. Mit Beginn der öffentlichen Beteiligung gelten für das Gebiet der Planungsregion Magdeburg in Aufstellung befindliche Ziele der Raumordnung, die als sonstige Erfordernisse der Raumordnung gemäß § 4 Abs.1,2 ROG in Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen und bei sonstigen Entscheidungen öffentlicher Stellen über die Zulässigkeit raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen sind. Die Stadt Wolmirstedt ist im 2.Entwurf des Sachlichen Teilplanes Zentrale Orte als Grundzentrum festgelegt. Grundzentren sind als Standorte zur Konzentration von Einrichtungen der überörtlichen Grundversorgung mit Gütern und Dienstleistungen sowie der gewerblichen Wirtschaft zu sichern und zu entwickeln. Sie sind in das Netz des öffentlichen Personennahverkehrs</p>	<p>– Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis.</p>	kein Beschluss erforderlich

		<p>einzubinden. (2.Entwurf STP ZO, Z4.1-12) Die Regionale Planungsgemeinschaft Magdeburg hat den Zentralen Ort räumlich abgegrenzt.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Der Geltungsbereich der 1.Änderungsfläche (Stadionneubau) befindet sich zur Hälfte außerhalb der Abgrenzung des ZO Wolmirstedt. Der Bebauungsplan ist jedoch unter Berücksichtigung des mit dem Maßstab gemäß § 9 Abs.2 LEntwG LSA verbundenen Beurteilungsspielraumes mit der Abgrenzung vereinbar. Die Abgrenzung wird als redaktionelle Änderung in den 3.Entwurf des Sachlichen Teilplanes ZO aufgenommen. Der alte Stadionstandort am Küchenhorn befindet sich in der Abgrenzung des Zentralen Ortes. Der Neubau des Stadions entspricht dem Z4.2.3-7 wonach Sportstätten in allen Teilräumen des Landes bedarfsgerecht vorzuhalten sind. (2.Entwurf STP ZO, Z 4.2.3-7) - Bei Entscheidungen über die Nutzung des Bodens sollen seine Fruchtbarkeit, seine ökologischen Funktionen, die Archivfunktionen, die Grenzen seiner Belastbarkeit und seine Unvermehrbarkeit maßgeblich berücksichtigt werden. Die Neuinanspruchnahme von Fläche für Siedlungs- und Verkehrszwecke soll auf das notwendige Maß beschränkt werden. (2.Entwurf REP MD, G 119) - Der Geltungsbereich für den Stadionneubau befindet sich im 2.Entwurf des Regionalen Entwicklungsplanes im Vorbehaltsgebiet für Landwirtschaft. Vorbehaltsgebiete für die Landwirtschaft sind Gebiete, in denen die Landwirtschaft als Nahrungs- und Futtermittelproduzent, als Produzent nachwachsender Rohstoffe sowie als Bewahrer und Entwickler der Kulturlandschaft den wesentlichen Wirtschaftsfaktor darstellt. Der landwirtschaftlichen Bodennutzung ist bei der Abwägung mit entgegenstehenden Belangen ein erhöhtes Gewicht beizumessen. (2.Entwurf REP MD, Z106) Die Fläche wurde bisher landwirtschaftlich genutzt. Für die Landwirtschaft geeignete und von der Landwirtschaft genutzte Böden sind zu erhalten. Eine Inanspruchnahme für andere Nutzungen soll unter Beachtung agrarischer und ökologischer Belange nur dann erfolgen, wenn die Verwirklichung solcher Nutzungen zur Verbesserung der Raumstruktur beiträgt und für dieses Vorhaben aufgrund seiner besonderen Zweckbestimmung nicht auf andere Flächen ausgewichen werden kann. (2.Entwurf REP MD, G126) Aufgrund der Größe des Stadions und der zu erwartenden Emissionen ist ein anderer Standort nicht möglich. Beispielsweise steht der Standort des Stadions des Friedens aufgrund der Nähe zur Wohnbebauung nicht zur Verfügung. - Zukünftig nicht mehr baulich genutzte Flächen sollen entsiegelt werden. Schädliche Bodenveränderung und Altlasten sind so zu sanieren, dass dauerhaft keine Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für den Einzelnen oder die Allgemeinheit bestehen. Durch eine vorrangige Altlastenbehandlung auf Brachflächen ist deren Wiedernutzbarmachung zu sichern. Abgrabungen, Aufschüttungen, sanierte sowie entsiegelte Flächen sind zu rekultivieren oder zu renaturieren, so dass die Böden natürliche oder nutzungsbezogene Funktionen erfüllen können. (2.Entwurf REP MD, G121) - Gemäß G19 sind die Siedlungen der Magdeburger Börde zur Abschirmung gegen Einflüsse aus dem landwirtschaftlich genutzten Umland, zur Verbesserung des Landschaftsbildes und der Erholung durch Ortsrandbegrünung in die Landschaft zu entwickeln und einzubinden. Es ist zu prüfen, ob eine Begrünung der ortsabgewandten Seite erfolgen sollte. - Nach Auffassung der RPM stehen die sonstigen Erfordernisse der Raumordnung des in Aufstellung befindlichen Regionalen Entwicklungsplanes/Sachlichen Teilplanes ZO dem Vorhaben nicht entgegen. Da es sich um in Aufstellung befindliche Erfordernisse des 	<ul style="list-style-type: none"> - Der Hinweis auf den Sachverhalt wird in der Begründung ergänzt. - Dieser Sachverhalt ist in § 1a BauGB geregelt. Er bedarf keiner gesonderten Behandlung als raumordnerischer Belang. - Dies wurde entsprechend gewichtet. - Die Sachverhalte sind gesetzlich im BauGB geregelt. Sie bedürfen keiner gesonderten Behandlung als raumordnerischer Belang. - Dies ist Gegenstand der Untersuchungen zum Bebauungsplan. Auf der Ebene der Flächennutzungsplanung bedarf dies keiner Behandlung. - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. 	
--	--	--	--	--

			REP MD / Sachlichen Teilplanes ZO handelt, wird darauf hingewiesen, dass sich im Laufe des Verfahrens Änderungen ergeben können. – Die Feststellung der Vereinbarkeit der Planung / Maßnahme mit den Zielen der Raumordnung und Landesplanung erfolgt gemäß § 2 Abs.2 Nr.10 LEntwG LSA durch die oberste Landesentwicklungsbehörde im Rahmen der landesplanerischen Abstimmung in Form einer landesplanerischen Stellungnahme.	– Die oberste Landesentwicklungsbehörde wurde im Aufstellungsverfahren beteiligt.	
3.18.	Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH	13.06.2022	– Die Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH unterhält keine Anlagen im ausgewiesenen Baugebiet. Es bestehen daher keine Einwände gegen das Vorhaben. – Über die Lage der örtlichen Versorgungsanlagen wird gebeten, sich beim Wolmirstedter Wasser- und Abwasserzweckverband zu informieren.	– Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. – Der WWAZ wurde im Verfahren beteiligt.	kein Beschluss erforderlich
3.19.	Unterhaltungsverband Untere Ohre	08.07.2022	– Gegen die Änderung bestehen seitens des Verbandes keine Einwände. Es sind keine Gewässer II.Ordnung unmittelbar betroffen, wofür der Unterhaltungsverband Untere Ohre nach § 54 unterhaltungspflichtig ist.	– Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis.	kein Beschluss erforderlich
3.20.	Wolmirstedter-Wasser- und Abwasserzweckverband	02.11.2022	– Der Entwurf des Flächennutzungsplanes wurde durch den WWAZ geprüft. Einwände bzw. Bedenken gegen die geplanten Änderungen bestehen seitens des WWAZ nicht.	– Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis.	kein Beschluss erforderlich

Stellungnahmen im Rahmen der Wiederholung der Öffentlichkeitsbeteiligung zur 2.Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Wolmirstedt "Stadionneubau - Samsweger Straße"

Nr.	Bürger / Nachbargemeinde / Behörde / Träger öffentlicher Belange	Datum Schreiben	Inhalt der Stellungnahmen	Stellungnahme der Stadt	Beschlussvorschlag
4.1.	Gemeinde Niedere Börde	07.06.2023	– Wahrzunehmende Belange der Gemeinde Niedere Börde sind nicht ersichtlich. Aus diesem Grunde bestehen gegen diese Bauleitplanung keine Bedenken.	– Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis.	kein Beschluss erforderlich
4.2.	Bürger aus Wolmirstedt	22.07.2023	– Als erster Vorsitzender des Fördervereins Gymnasium, damals noch ohne den beliebten Neubau in der Schwimmbadstraße, ist der Bürger besonders erfreut darüber, dass nunmehr ein Detail der damaligen Planung doch noch Realität wird. Gemeint ist der Ausbau des jetzigen Landwirtschaftsweges zwischen Samswegener Straße und Schwimmbadstraße, der schon Bestandteil der ursprünglichen Verkehrsplanung war. Der Bürger ist überzeugt, dass mit der Nachholung dieses Projekts die Verkehrssituation im relevanten Planungsbereich eine positive Entwicklung nehmen wird. – Der Bürger möchte darauf hinweisen, dass im selben Planungsbereich (Verbindung Meseberger Straße/Schwimmbadstraße) ein nicht zutreffendes Schild angebracht wurde. Der dortige Text widerspricht der Eintragung im Grundbuch und der Zuständigkeit hinsichtlich Straßenbaulastträgerschaft. – Der Bürger wünscht der Stadt viel Erfolg bei der Umsetzung des Stadionneubaus, der der Entwicklung der Stadt dienlich sein wird.	– Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. – Der Sachverhalt betrifft nicht die Flächennutzungsplanung. – Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis.	kein Beschluss erforderlich